

Die Ansichten der Gastkolumnisten können von jenen der Redaktion abweichen.

GASTKOMMENTARE

Arbeitsmarkt

Kurskorrektur fällig



Serge Gaillard
Ökonom und ehemaliger Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung

Die Konjunktur kühlt sich deutlich ab. Und mit ihr der Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit nimmt seit einem Jahr zu. Die Zahl der offenen Stellen und der Mangel an Arbeitskräften haben deutlich abgenommen. Die Einwanderung aus der EU wird sich abschwächen. Hinter dieser allgemeinen Abkühlung verbirgt sich aber eine strukturelle Verschiebung auf dem Arbeitsmarkt, die beunruhigend ist.

In den letzten zwölf Monaten wurden in der Verwaltung, in den Bildungsinstitutionen und im Gesundheits- und Sozialwesen mehr als 28 000 neue Stellen geschaffen. In der Privatwirtschaft wurden in der gleichen Zeit per saldo Arbeitsplätze abgebaut, obschon sich einzelne Branchen wie die Bau- und Immobilienwirtschaft dank den tiefen Zinsen recht gut entwickelten. Damit setzt sich eine Entwicklung fort, die für die Schweiz bereits im ganzen letzten Jahrzehnt charakteristisch war. In den zehn Jahren vor der Covid-Krise wuchs die Zahl der Beschäftigten in den staatsnahen Bereichen jedes Jahr um 2,6 Prozent – eine Zunahme um rund 20 000 Beschäftigte jedes Jahr. In den anderen, eher privatwirtschaftlichen Sektoren betrug die Zunahme 0,7 Prozent. Verwaltung, Bildung und Gesundheit expandierten während eines Jahrzehnts fast viermal stärker als die Privatwirtschaft.

Diese Entwicklung hat nur zu einem geringen Teil mit der demografischen Entwicklung zu tun. Es ist unsere Wirtschaftspolitik, die diese Entwicklung zulässt oder sogar massgeblich beeinflusst. Wer kann Gegensteuer geben?

Erstens sollten die politischen Behörden das Wachstum der Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung begrenzen. Das aktuelle Entlastungspaket des Bundes ist ein guter Anlass dazu. Die Bundesaufgaben können bis Ende dieses Jahrzehnts mit dem bestehenden Personalbestand bewältigt werden.

Zweitens würden die Bürger dieses Landes aufatmen, wenn die Politik das Kosten- und damit auch das Stellenwachstum im Gesundheitswesen endlich dämpfen würde. Das Parlament hat als Gegenvorschlag zu einer abgelehnten Volksinitiative der Mitte entschieden, dass der Bundesrat künftig Ziele für das Ausgabenwachstum in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung festlegt. Diese Woche hat Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider die ersten Resultate verkündet. Es finden sich dabei viele gute Ideen. Leider bleibt (noch) unklar, ob und wie rasch die Massnahmen umgesetzt werden. Angesichts der vielen Akteure und der unklaren Kompetenzen wird es einige Zeit brauchen, bis Bund und Kantone über die Strukturen verfügen, um die Kosten straffer zu steuern.

Drittens kann die Nationalbank weiterhin dafür sorgen, dass der Franken nicht übermässig aufwertet und die Wettbewerbsfähigkeit der international tätigen Branchen nicht mindert. Nach der massiven Aufwertung zu Beginn des letzten Jahrzehnts ist es ihr nach 2016 gelungen, eine übermässige Aufwertung zu verhindern. Heute ist der Franken aber wieder deutlich überbewertet. Ursache dafür ist zwar eine Abschwächung des Dollars, wir dürfen aber nicht vergessen, dass der Franken vor allem im Vergleich zum Euro zu teuer ist. Eine gewisse Abschwächung des Frankens zum Euro wäre deshalb in dieser Konjunkturschwäche hilfreich. Damit trüge die Nationalbank, ohne die Preisstabilität zu gefährden, zu einem ausgeglichenen Wachstum der schweizerischen Wirtschaft bei.

Der Weg zu einer ausgeglicheneren Entwicklung lässt sich einfach zusammenfassen: Es braucht einerseits eine etwas restriktivere Finanzpolitik. Das bremst die Beschäftigung in den staatsnahen Branchen. Andererseits braucht es für die international tätige Privatwirtschaft bessere Rahmenbedingungen durch einen weniger starken Franken.

Gastautor Serge Gaillard leitete die Eidgenössische Finanzverwaltung von 2012 bis Ende Januar 2021.

Service citoyen

Gleichstellung am Scheideweg



Klaus Wellershoff
Ökonom bei Wellershoff & Partners

Vor dem Gesetz sind alle gleich. Wie fänden Sie das? Leider gibt es noch immer Diskriminierung grosser Bevölkerungsgruppen durch den Staat. Die mit Abstand grösste davon ist die einseitige Verpflichtung der Männer zum Militär- oder Zivildienst.

Militärdienst bedeutet, dass einem Mann gut ein Jahr lang ein Teil seiner Grundrechte genommen wird. Er kann seinen Aufenthaltsort, seine Kleidung und seinen Tagesablauf nicht frei wählen. Er muss Befehlen gehorchen, in Uniform ist sein Recht auf freie Meinungsäusserung eingeschränkt, und er kann sich nicht politisch betätigen.

Wie fänden Sie es, wenn der Staat Ihnen aufgrund Ihres Geschlechts ein Jahr Lebensarbeitszeit nehmen würde, den anderen Geschlechtern aber nicht?

Sind Sie auch verwundert, dass diese massive Ungleichbehandlung zwischen den Geschlechtern erst im Jahr 2025 abgeschafft werden soll? Seit Jahren kämpfen wir für die Gleichstellung der Frauen. Auf der gesellschaftlichen Ebene haben wir viel erreicht. Staatliche Diskriminierung ist weitgehend abgeschafft. Neu mischen wir uns in die Verträge von Privaten ein, um Gleichstellung zu erreichen. Wenn der Lohnunterschied zwischen Mann und Frau mit unseren Modellen nicht vollkommen erklärbar ist, fordern wir Abhilfe.

Und trotzdem: Die vier Bundesratsparteien haben für die Service-citoyen-Initiative, die eine Dienstpflicht für alle Geschlechter statt des heutigen Regimes will, die Nein-Parole ausgegeben. Absurd, oder? Wie kann man die staatliche Diskriminierung eines Geschlechts im beschriebenen Ausmass im 21. Jahrhundert noch rechtfertigen?

Indem man kein Wort über Gleichstellung verliert.

«Die argumentative Basis des Nein-Lagers ist erschütternd dünn.»

Es geht dem Nein-Komitee um die Landesverteidigung, denn Armee und Zivildienst seien durch die freie Wahl des Dienstes, den die Initiative vorschlägt, gefährdet. Dabei legt die Initiative als Verfassungsziel fest, dass der Sollbestand der beiden Organisationen erreicht wird. Hat die Politik nicht einfach Angst davor, dass sie bei der Umsetzung unpopuläre Massnahmen ergreifen muss?

Weiter reden die Nein-Sager davon, dass es sich bei einem Service citoyen um Zwangsarbeit handle, was abzulehnen sei. Und was machen

die Männer zurzeit im Wehrdienst? Zwangsarbeit ist also für Männer okay, für andere nicht?

Dann werden ökonomische Argumente ins Feld geführt. Weniger Arbeitskräfte im Arbeitsmarkt, fehlende Fachkräfte und Wettbewerbsnachteil der in Zukunft Betroffenen. Und was ist mit den heute oder früher Betroffenen? Wenn diese Argumente zögen, müsste man dann die Wehrpflicht nicht abschaffen? Keines dieser Argumente spricht dagegen, die Lasten der Landesverteidigung gerechter zu verteilen! Was als Argument bleibt, ist einzig: Gleichstellung sei zu teuer.

Dann ist die Rede von gestiegenen Kosten für die Verwaltung. Dass der Staat dafür Arbeitskräfte für einen Dienststeinsatz bekommt und andernorts sparen könnte, wird unter den Teppich gekehrt.

Schliesslich wird häufig argumentiert, dass Frauen ja sonst schon einen Dienst leisten für die Gesellschaft. Gemeint sind Kinderkriegen und häusliche Arbeit. Aber ist das nicht eine private Entscheidung? Darf der Staat darauf basierend die Männer massiv benachteiligen?

Die argumentative Basis des Nein-Lagers ist erschütternd dünn. Das Volk muss es wohl richten, damit sich unser politisches System nicht gänzlich desavouiert.

Wer der Initiative nicht zustimmt, treibt darüber hinaus einen weiteren Keil in unsere Gesellschaft. Neben Rösti-, Alt-Jung- und Stadt-Land-Graben brauchen wir nicht auch noch einen zwischen den Geschlechtern. Wer kann einem Mann in Zukunft erklären, dass es weitere Gleichstellungsmassnahmen braucht, wenn diese grosse staatliche Ungleichbehandlung beibehalten wird?

Gastautor Klaus Wellershoff ist Gründer und Verwaltungsratspräsident des Beratungsunternehmens Wellershoff & Partners.

Aktionsplan

Die digitale Zukunft jetzt gestalten



Andreas Meyer
Präsident Digitalswitzerland

Bundesrat Albert Rösti hielt am Forum von Digitalswitzerland am 22. Oktober in Bern eine wegweisende Rede über die Bedeutung digitaler Infrastrukturen. Mehr als zweihundert Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik starteten einen AI Action Plan für die Schweiz mit neun Handlungsempfehlungen.

1. Zuerst muss die E-ID ein Erfolg werden! Wenn die E-ID im Alltag den Nutzenden einen echten Mehrwert bietet und ihr Vertrauen gewinnt, wird der Weg für weitere digitale Vorhaben geebnet. Die Schweizerische Post und Twint haben erklärt, wie sie die E-ID künftig in ihre digitalen Angebote integrieren wollen. Digitalswitzerland wird die Umsetzung der E-ID weiterhin unterstützen.

2. Künftige Digitalisierungsprojekte müssen auch kritische Fragen beantworten. Die E-ID-Abstimmung hat gezeigt, dass grosse digitale Projekte in der Schweiz nur mit breiter Abstützung gelingen. Allianzen auch mit Organisationen, die sich sachlich mit kritischen Fragen auseinandersetzen, werden an Bedeutung gewinnen.

3. Die Potenziale von KI sind riesig. Bundesrat Rösti betonte: «Wenn wir KI klug nutzen, sind die Chancen grösser, dann kann sie unser Land stärker, innovativer und unabhängiger machen.» Die Schweiz verfüge über exzellente Hochschulen wie die ETH Zürich und Lausanne, den neuen Supercomputer Alps in Lugano sowie über ein starkes Netzwerk aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Doch die Schweiz darf sich in Anbetracht des globalen Wettbewerbs nicht darauf ausruhen.

4. Es braucht zusätzliche Investitionen in die schweizerische digitale Infrastruktur. Digitale Infrastruktur ist das Rückgrat von kritischer physischer Infrastruktur für Energie, Telekommunikation oder Verkehr. Es braucht mutige Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Auch um nicht in unerwünschte Abhängigkeiten zu geraten. Dazu gehören unter anderem Datenzentren, Cybersicherheit sowie qualitätsgesicherte öffentliche Daten für Planung, Steuerung und Forschung.

«Es braucht mutige Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.»

5. Die Förderung von Forschung und Bildung muss weiter ausgebaut werden. Unabhängige Experten spielen eine zentrale Rolle, um Zusammenhänge zu verstehen und selbstbestimmt die Bestellkompetenz und Kontrolle über die digitale Infrastruktur zu behalten. Denn die Schweiz wird auch in Zukunft Technologie von grossen Anbietern einsetzen. Zudem ist der Bedarf nach Ausbildung der Bevölkerung in Bezug auf digitale Technologien und deren Verständnis gross.

6. Die Schweiz verfolgt eine verantwortungsbewusste Regulierungsstrategie. Der Bundesrat verfolgt drei zentrale Ziele: Die Schweiz soll ein starker Innovationsstandort bleiben, der Schutz

der Grundrechte soll auch im digitalen Zeitalter gewährleistet sein, und Bevölkerung wie Unternehmen müssen der KI vertrauen können. Die konsequente Umsetzung dieser Ziele wird die detaillierte Regelung von Dingen, welche wir gar noch nicht kennen, vermeiden.

7. Freiwillige Selbstverpflichtungen von Branchen sind notwendig. Nur dort, wo nötig, will der Bundesrat neue Vorschriften schaffen. Dieser pragmatische Regulierungsansatz funktioniert, wenn der Aufruf von Bundesrat Rösti gehört und freiwillige Branchenlösungen und Selbstverpflichtungen angepackt werden. Sie beinhalten zum Beispiel Grundsätze, Überprüfungsmechanismen und praktische Instrumente. Erste Branchen erkennen diese Chancen.

8. Die Schweiz muss ihre Rolle im globalen Wettbewerb finden. Dazu kann auch der angestrebte Global AI Summit in Genf 2027 dienen. Die Schweiz kann zur Brückenbauerin in der globalen KI-Governance werden. Es braucht auch hier Investitionen in vertrauenswürdige digitale Infrastruktur. Worte allein werden nicht reichen, um das internationale Genf zu stärken.

9. Der AI Action Plan: Wegweiser für eine selbstbestimmte digitale Schweiz. Auf Einladung von Albert Rösti, sich konkret einzubringen, koordiniert Digitalswitzerland mit vielen verschiedenen Unternehmen und Organisationen und dem Bundesamt für Kommunikation einen Vorschlag für einen Schweiz-spezifischen, fokussierten und praktischen AI Action Plan, der die oben genannten Punkte adressiert. Die Schweizer Werte Offenheit, Zusammenarbeit und Vertrauen sollen Leitlinien bilden.

Der AI Action Plan wird schrittweise konkretisiert und ein nächstes Mal am Rande des WEF im Januar in Davos diskutiert. Denn die aktuellen globalen Entwicklungen machen deutlich, dass wir unsere digitale Zukunft jetzt entschieden selbstbestimmt gestalten und die Möglichkeiten nutzen müssen!

Gastautor Andreas Meyer war von 2007 bis 2020 CEO der SBB und ist heute Präsident von Digitalswitzerland.